

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

26.3.1928 (No. 73)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. E. S.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassencabari gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Einmalige Anzeigen. — Am Tage von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Bestellungen von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Weisheitsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Arbeitsmarktlage in Süddeutschland (Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Stuttgart.)

Die Arbeitsmarktlage läßt im ganzen eine ähnliche Entwicklungsrichtung wie in der letzten Berichtszeit erkennen: leichte, nur langsam fortschreitende Neigung zur Besserung. So konnte auch die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge nur eine entsprechend geringfügige Entlastung erfahren. Innerhalb des ersteren Unterstützungszweiges sank die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Berichtszeit (15. bis 21. März) in Württemberg (einschließlich Hohenzollern) von 14 652 auf 13 191, in Baden von 32 171 auf 30 499; in der Krisenfürsorge ging die Zahl der Unterstützungsempfänger in Württemberg von 2621 auf 2574, in Baden von 6745 auf 6632 zurück. Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung zusammen wurden am 21. März in Württemberg 15 767, in Baden 37 131 gezählt.

Die Zurückhaltung in der Personalnachfrage dürfte zu einem erheblichen Grad in Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung begründet sein.

Während die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Kräften ganz erheblich und nicht zu decken ist, blieb sie in der Berichtszeit im Baugewerbe (vom Malergewerbe abgesehen), noch ziemlich gering. Auch in den verwandten Gruppen der Industrie der Steine und Erden waren die Vermittlungsmöglichkeiten vielfach noch beschränkt. Ein Zementwerk ist aus Gründen der Betriebsrationalisierung zu einer Entlassung kleineren Umfangs geschritten. Die Freudenstädter Glasfabrikation konnte in letzter Zeit Neueinstellungen vornehmen.

Während sodann innerhalb der Metallbearbeitung und Maschinenindustrie das Kleingewerbe im allgemeinen noch keine nennenswerte Steigerung seines Kräftebedarfs aufwies, liefen in größerer Zahl Meldungen offener Stellen für Fachkräfte des Brückenbau- und Eisenhochbaus ein (Arbeitsamt Konstanz). Im allgemeinen Maschinenbau war ebenfalls eine leichte Besserung der Nachfrage nach Personal zu beobachten. Wesentlich erhöht hat sich im Laufe der Berichtszeit die Aufnahmefähigkeit der Ferd- und der Feinindustrie. Die Karlsruher Metallwarenfabrikation verlangte rege nach Arbeiterinnen. Innerhalb der Fahrzeugindustrie machte sich teilweise Mangel an Fachkräften bemerkbar, aus der Nähmaschinenfabrikation erfolgten keine weiteren Entlassungen. Die Tuttlinger Industrie chirurgischer Instrumente arbeitete voll, ohne indes weiteres Personal zu benötigen, hingegen konnte die Schwarzwälder Uhrenindustrie jüngere Kräfte einstellen. In der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie blieb der Beschäftigungsgrad unverändert hoch, doch ist die Arbeitsmarktlage ruhiger geworden; in der Gummi- und Silberwarenindustrie wird noch voll gearbeitet, die Goldwarenindustrie desselben Platzes ist zu einigen Entlassungen geschritten.

Die unterbadische chemische Industrie (Gummifabrikation) erwies sich für jüngere Arbeiterinnen aufnahmefähig.

Innerhalb der Textilindustrie erfolgten in einigen Betrieben Einschränkungen. In einem weiteren Betrieb wurde die Kündigung einer Anzahl von Arbeitern mit Kollektivkündigung von Seiten der Arbeiterschaft beantwortet. Im ganzen blieb der Beschäftigungsgrad des Spinnstoffgewerbes gut. In Württemberg konnten insbesondere die Strickwarenindustrie und die Tuchfabrikation zu Neueinstellungen schreiten, in Baden wurden im Waldschuter Wirtschaftsgebiet Fäherinnen, Kroschlerinnen und Ringspinnerinnen, im Mannheimer Industriebezirk Arbeiterinnen für Hanfseil- und Sackfabrikation angefordert.

Der Arbeitsmarkt der papierverarbeitenden Industrie hat sich in der Berichtszeit noch günstiger gestaltet. Dasselbe gilt innerhalb der Lederindustrie von der Kofferfabrikation. Ein führendes Karrosseriewerk ist verfahrensweise wieder zu Vollarbeit übergegangen.

Im uneinheitlich beschäftigten Holz- und Schnitzstoffgewerbe erfolgten einige nicht beträchtliche Betriebs Einschränkungen in der Klavierindustrie.

Bermehrt, aber nur vorübergehend (Ostergeschäft) aufnahmefähig erwies sich im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe das Konditorengewerbe, während innerhalb der fabrikmäßigen Süßwarenherstellung der Be-

Letzte Nachrichten

Das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen

M. Berlin, 26. März. (Priv.-Tel.) Graf Bernstorff kehrt heute mit den deutschen Teilnehmern an der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz nach Berlin zurück und dürfte morgen dem Kabinett Bericht erstatten. Wahrscheinlich wird man auch im Plenum des Reichstags oder im Auswärtigen Ausschuss noch Gelegenheit finden, vor Abschluß der Saison die Angelegenheit zu behandeln. Man rechnet auch damit, daß am Freitag oder Samstag Stresemann bei der dritten Lesung des Etats, die ja immer der allgemeinen Aussprache dient, darauf eingehen wird, zumal Interpellationen als wahrscheinlich gelten.

Interessant ist zunächst die Stellung der französischen Presse. Soweit sie zur Rechten gehört, verlangt sie ohne weiteres den Abbruch der ganzen Abrüstungsverhandlungen, ohne zu sagen, wie sie das mit den Verträgen, dem Friedensvertrag, dem Völkervertrag und allen anderen Abmachungen oder mit der Note von Locarno in Einklang bringen will. Die Linkspresse, die offensichtlich ebenfalls an keine Abrüstung mehr glaubt, schlägt vor, daß man Deutschland eine Aufrüstung gestatte, und dadurch den Ausgleich schaffe.

Die Landesratswahlen im Saargebiet

W. Saarbrücken, 26. März. (Tel.) Die gestrigen Wahlen zum Landesrat des Saargebietes haben sich ohne Zwischenfälle vollzogen. Die Wahlberechtigung betrug etwa 63% Proz. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erhalten die Sozialdemokraten 43 411 gegen 46 627 im Jahre 1922, die Kommunisten 46 407 (40 236), die Wirtschaftspartei 9156 (10 396), die deutsch demokratische Partei 3900 (0), die saarländische Volkspartei 26 228 (37 571), die Christlichsozialen 9302 (0), die Deutschnationalen 10 496 (0), die Zentrumspartei 128 886 (108 211).

Es erhalten voraussichtlich die Sozialdemokraten Mandate: 5 (6), die Kommunisten 5 (5), die Wirtschaftspartei 1 (1), die Demokraten 0 (0), die saarländische Volkspartei 3 (4), die Christlichsozialen 1 (0), die Deutschnationalen 1 (0), das Zentrum 14 (14) Sitze.

Die bei den vorigen Wahlen aufgetretene Separatistengruppe des Saarlandes, die damals annähernd 7000 Stimmen auf sich vereinigte, ist diesmal völlig verschwunden, wie überhaupt diese ganze von der französischen Propagandastelle aufgezogene Partei nicht mehr existiert.

Deutsch-griechisches Wirtschaftsabkommen

M. Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Am Samstag ist in Berlin zwischen dem griechischen Gesandten und dem Legationsrat Ende vom Auswärtigen Amt der Handelsvertrag mit Griechenland unterzeichnet worden. Griechenland hat seinen endgültigen Verzicht auf Einfuhrverbote, die übrigens jetzt noch nicht bestehen, ausgesprochen, doch hat sich Deutschland für diesen Fall das Rücktrittsrecht vorbehalten. Der Vertrag basiert wieder auf der Mostbegünstigung. Es sind Deutschland in 80 Positionen tarifliche Erleichterungen zugestanden worden, die fast alle wichtige Fertigwaren betreffen. Die deutschen Angehörigen beziehen sich auf Korinthen, getrocknete Feigen und Zitronen. Griechenland hat in dem Vertrag endgültig auf die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme deutschen Eigentums auf Grund des § 18 des Versailler Vertrages verzichtet.

schäftigungsgrad bereits saisonmäßig abflaut. Die vollbeschäftigte badische Zigarrenindustrie zeigt verschiedentlich vermehrten Kräftebedarf (Zigarren- und Wickelmacherinnen). Vereinzelt beschäftigt gewesene Stilllegungen unterblieben.

Die Frühjahrsaison führte sodann im Bekleidungs-gewerbe vorübergehend zu vermehrter Nachfrage nach männlichen wie weiblichen Kräften des Schneidergewerbes (vornehmlich Maß-, daneben auch Konfektionsarbeit). Hauschneiderinnen hingegen wurden nur in mäßiger Zahl angefordert.

Die Vermittlungstätigkeit für den Handel gestaltete sich infolge einer leichten Steigerung der Nachfrage nach Personal da und dort etwas lebhafter.

Im Verbleibungs-gewerbe bestand am Platz Mannheim ungedeckter Bedarf an Maschinenmeistern für Anlageapparate, Illustrationsdruckern und Schweizerdegen mit Meisterprüfung.

Der Arbeitsmarkt des Fremden-gewerbes zeigt gegenüber der letzten Berichtszeit eine gewisse Besserung.

An gebildetem Hauswirtschaftspersonal herrscht Mangel, an nicht gebildeten jüngeren Kräften besteht ein ganz erhebliches Überangebot. Aus diesem Grunde ist vor einem wahllosen Zugang junger Mädchen vom Lande in die Städte dringend abzuraten.

Die Deutschenverhaftungen in Russland

M. Berlin, 26. März. (Priv.-Tel.) „Allgemeines Handelsblatt“ in Amsterdam meldet aus Moskau, daß zwischen Tschitscherin und der G.P.U. wegen der Verhaftungen der deutschen Ingenieure ein schwerer Konflikt ausgebrochen sei. Tschitscherin verlangt die sofortige Freilassung und die Aufgabe der ganzen Sabotagemärchen, während sich der Chef der G.P.U., Menschinski, dagegen zur Wehr setzt. Tschitscherin hat bereits die leitenden Stellen in Moskau angerufen und dabei, wenigstens zum Teil, seinen Willen durchgesetzt.

Der Verzicht Goldsteins

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, ist die von anderen Blättern gebrachte Mitteilung unzutreffend, daß Oberingenieur Goldstein einen schriftlichen Verzicht erstatte habe, der veröffentlicht werden solle. Aus den mündlichen Äußerungen, die Goldstein dem Auswärtigen Amt gemacht hat, ergibt sich folgendes Bild:

In der Nacht zum 6. März ist Goldstein plötzlich verhaftet worden. Die Gefängniszeit war außerordentlich schwer. Er wurde mit einer großen Anzahl Gefangener in kleinen Zellen gehalten. Über den Grund seiner Verhaftung wurde Goldstein dauernd in voller Unklarheit gelassen. Erst am 14. März fand das erste Verhör statt. Dabei stellte sich heraus, daß ein Montagebericht, den einer seiner Monteure ihm nachgeschickt hatte, der G.P.U. mitgeteilt und von dieser überreicht worden war, daß sich tatsächlich alles mögliche daraus konstruieren ließ. Der Vergleich mit dem Original hat dann aber auch die G.P.U. von der Falschheit der Anlage überzeugen müssen, und so wurde Goldstein am 17. März, ebenso wie Wagner, freigelassen. Bis dahin ist es Goldstein aber auch nicht möglich gewesen, sich mit der deutschen Vertretung in Verbindung zu setzen.

Aber das Schicksal der übrigen Verhafteten ist auch heute noch nichts genaues bekannt. Sie befinden sich ebenfalls in Moskau. Es ist versprochen worden, die Untersuchung in kürzester Zeit zu Ende zu führen, und der deutschen Botschaft dann zu berichten. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß darüber aber noch 10 bis 14 Tage vergehen werden. Auch Goldstein kann über den genauen Grund der Verhaftungen noch keine Aussage machen. Die ursprüngliche Annahme, daß die Verhaftungen auf die Urheberin zurückzuführen wären, die sich bei der Ablieferung von Maschinen zwischen deutschen und russischen Ingenieuren ergeben hätten, wird sich wohl nicht aufrecht erhalten lassen, weil auch die russischen Ingenieure mit verhaftet worden sind.

Der deutsche Ingenieur Wagner ist jetzt ebenfalls bedingungslos freigelassen worden. Er ist in Charlow eingetroffen. Die andern verhafteten Deutschen sind noch in Moskau. Nach Blättermeldungen sind sie jetzt nicht in dem eigentlichen Gefängnis, sondern in einem besonderen Gebäude untergebracht, und zwar jeder Verhaftete in einzelnen Zimmern. Ihr Gesundheitszustand sei gut. Das Essen werde aus dem Hotel geliefert. Die Häftlinge hätten die Erlaubnis, sich Bekleidung zu verschaffen und sich im Freien zu ergehen. Gegen Meyer und Otto soll schwer belastendes Material vorliegen. Daher läme ihre Freilassung nicht in Frage.

Reichstagskandidaturen

Der frühere badische Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach wurde auch in Hessen von den Demokraten als Spitzenkandidat aufgestellt.

Der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten in der Pfalz ist Johannes Hoffmann (Mannheim), der ehemalige bayerische Ministerpräsident, der des Zentrums Oberlehrer Hermann Hoffmann (Ludwigshafen).

Die Deutsche Volkspartei beabsichtigt, Stresemann in Oberbayern-Schwaben als Spitzenkandidaten aufzustellen. — Als Spitzenkandidaten der Demokraten sind in Bayern aufgestellt: Für Oberbayern-Schwaben Justizrat Müller-Heim (München), für Niederbayern-Oberpfalz Oberbürgermeister Dr. Luppe (München), für Franken der bisherige Reichstagsabgeordnete Sparrer (München).

Der Landesparteitag des württembergischen Zentrums in Ulm stellte folgende Kandidatenliste für die Reichstagswahlen auf: 1. Minister des Innern E. Wolf, 2. Andre, bisher Reichstagsabgeordneter, 3. Franz Feilmayer, Landwirt, 4. Johann Groß, Verbandsgeschäftsführer, Stuttgart.

Eine Rede des Reichsfinanzministers

Reichsfinanzminister Dr. Brüder behandelte auf einer in Gießen (Oberschlesien) abgehaltenen Mittelstandsstellung der oberschlesischen Zentrumspartei die Probleme der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes. Die deutsche Landwirtschaft könne die auf ihr lastende Verschuldung auf die Dauer nicht tragen. Die Produktion müsse gesteigert und damit der Inlandsmarkt gestärkt werden. Auch im kommenden Reichstag würden die großen politischen Parteien und nicht die kleinen Wirtschaftsgruppen maßgebend sein. Abschließend sprach der Minister die Hoffnung aus, daß es bereits in den nächsten Monaten möglich sein werde, auch die Gemeinden wieder am ausländischen Kapital zu beteiligen.

Stresemann für individuelle Wirtschaft. Auf dem am Sonntag im preussischen Landtag abgehaltenen 5. Reichstagsstellentag der Deutschen Volkspartei hielt Minister Dr. Stresemann eine Ansprache, in der er die Notwendigkeit der Erhaltung der individuellen Wirtschaft in Deutschland betonte, die die Persönlichkeit wieder in den Vordergrund stelle. Es müsse in dieser Beziehung alles getan werden, um das zu erhalten, was noch zu erhalten sei.

Die Genfer Abrüstungsberatungen

Wiederum ergebnislos.

Die fünfte Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf ist Samstagabend nach 10tägigen Beratungen zu Ende gegangen. Die nächste Tagung dürfte gegen Mitte August zu erwarten sein. In seiner Schlussrede erklärte der Vorsitzende, die unbestreitbare Bedeutung der abgelaufenen Tagung liege in der Tatsache, daß die russische Delegation ihre Vorschläge in aller Freiheit habe entwickeln können und daß die Mitglieder des Ausschusses ebenso ausführlich Stellung genommen habe. Das russische Projekt sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen undurchführbar, das zweite russische Projekt über eine teilweise Abrüstung werde zunächst den Regierungen unterbreitet werden, um bei der zweiten Lesung des französisch-englischen Entwurfes zur Beratung zu kommen.

Die gegen die Stimmen Deutschlands und Rußlands angenommene Entschließung befaßt außer der Ablehnung des russischen ersten Projektes noch, daß der deutsche Vorschlag über die Offenlegung des gesamten Rüstungsstandes der einzelnen Staaten zur Kenntnis genommen wird, desgleichen das zweite russische Projekt. Der Ausschuss lenkt die Aufmerksamkeit der Regierungen auf diese beiden Vorschläge und behält sich ihre Prüfung für die nächste Tagung vor. Mit großer Mehrheit wurde der deutsche Vorschlag abgelehnt, wonach der Rat in seiner nächsten Tagung im Juni das Datum der Abrüstungskonferenz so festsetzen soll, daß sie im kommenden Herbst kurz nach der nächsten Völkerbundsversammlung zusammentreten könne. Die Ablehnung wurde im wesentlichen damit begründet, daß zunächst das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den hauptsächlichsten an den Marinefragen interessierten Großmächten abgewartet werden müsse.

Graf Bernstorff hatte zur Begründung seines Entschließungsantrages darauf hingewiesen, daß es für den Ausschuss absolut notwendig sei, auf die Regierungen in entscheidender Weise zwecks Förderung der Vorarbeiten für die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz Einfluß zu nehmen. Nach zwei Jahren müsse man leider die traurige Überzeugung haben, daß der Ausschuss bis jetzt keinen Einfluß auf die Regierungen ausüben konnte. Die Vorarbeiten der Abrüstungskonferenz seien im letzten Jahre in einen Zustand der Verbarge geraten, aus der sie unbedingt durch eine entscheidende Stellungnahme des Ausschusses selbst herausgerissen werden sollten.

Später gab Graf Bernstorff angesichts der Ablehnung des deutschen Entschließungsantrages in einer abschließenden Betrachtung über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten zu nächst einen Überblick über die bisherigen Abrüstungsbestrebungen des Völkerbundes, dessen Vorbereitungsarbeiten nunmehr seine fünfte Tagung zu beenden im Begriffe stehe. Auch jetzt in der fünften Tagung entzöge sich der Ausschuss, im schroffen Gegensatz zu seinem früheren einstimmigen Beschluß der zweiten Lesung, die nun wiederum verschoben werde. Dies bedeute ein Stehenbleiben auf halbem Wege, keinen Fortschritt, sondern einen Leerlauf der Arbeiten. Die im Versailler Vertrag niedergelegten Verpflichtungen seien es, von denen der vom Ausschuss empfundene Zwang ausgehe. Nicht Deutschland sei es, das die Völkerbundsabstimmung unterzeichnet und feierlich ratifiziert, und sie müßten deshalb auch ausgeführt werden. Dies hätten auch die Organe des Völkerbundes anerkannt. Leider sind all diese Mahnungen, so führte Graf Bernstorff weiter aus, vergeblich geblieben, und das Arbeitstempo des Ausschusses zeigt einen betragswerten Mangel an Schwung. Wie lange die deutsche Regierung diese Unfruchtbarkeit der Ausschubarbeiten mit ansehen wird, steht dahin. Nichts anderes bleibt mir übrig, so schloß Graf Bernstorff, als angesichts des Schlußes der fünften wiederum ergebnislosen Tagung Berufung an die Bundesversammlung im Herbst d. J. einzulegen, jenes Organs des Völkerbundes, welches den Auftrag zur Vorbereitung der Abrüstung dem Ausschuss erteilt hat und dem dieser Ausschuss verantwortlich bleibt.

Litwinow zog seinerseits die Bilanz dieser Tagung, indem er noch einmal die Auffassung des Berichterstatters Politis kritisch beleuchtete, wonach die sofortige und vollständige Abrüstung mit dem Völkerbundsvertrag in Widerspruch stehe. Für die weitere Verschleppung der Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz sei keinesfalls die sowjetrussische Regierung verantwortlich. Die Verantwortung liege vielmehr bei der großen Mehrheit der im Ausschuss vertretenen Staaten.

Badisches Landestheater

Zum 100. Geburtstag von Henrik Ibsen

Bum erstmalig: Die Kronpräsidenten

Historisches Schauspiel von Henrik Ibsen

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Die hundertjährige Wiederkehr von Henrik Ibsens Geburtstag verpflichtet Deutschland, in dem der unerbittliche Wahrheitsfächer einen Hauptteil seines schaffensreichen Lebens zugebracht hat, für ihn in die Weltliteratur ein. In Deutschland entstanden seine lautesten und einsichtigsten Bewunderer. Wenn es heute zum guten Ton gehört, Ibsen als Überwunden, erledigt hinzustellen, so sollte man nicht vergessen, daß jede Wahrheit Trivialität wird, daß aber lauterer Treiben nach Wahrheit vom Zeitwandel unabhängig strahlt. Die letzten Tage haben zu viele Würdigungen des großen Norwegers gebracht, zu ihnen zählen auch die Auffäge im Programmheft des Landestheaters, als daß auch wir uns hier noch zu äußern hätten. Den heute so überlegen Ibsen Ablehnenden, wobei sie ja eigentlich nur den Gesellschaftsdramatiker meinen, indem sie über der zeitlichen Gebundenheit des Inhaltlichen der Gesellschaftsdramen deren unbedingte innere, zur tiefsten Erschütterung des damals geltenden Realismus führende Haltung vergessen, diesen weniger Beurteilern als Beurteilern hat Henrik Ibsen ja selbst schon die Waffen in die Hand gedrückt mit seinem Dramenepilog „Wenn wir Toten erwachen“, was allerdings einen bekannten Kritiker nur zu der schnöbdrigen Fortsetzung anreizte: „dann schlafen wir Lebenden ein“.

Die Spielleitung des Landestheaters hat deshalb auch wohl von der Aufführung eines dieser Gesellschaftsdramen abgesehen und sich mit der Aufnahme der „Kronpräsidenten“ in den Spielplan eine Ertauführung geleistet. Freilich war man zum Schluß fast geneigt, jenes böse Kritikerwort zu wiederholen. Gewiß waren daran mancherlei technische Anreize des Werkes schuld. Neben dem Mangel an technischem Können auch der Mangel an menschlicher Fülle. Die Idee des Dramas, der im Innersten vom Dichter erlebte Widerstreit von Verurteilung und Berechnung, von naivem Selbstvertrauen und kritischer Zweifelsucht, von Glüd und Recht ist

Eine Wahlrede Poincarés

In einer Rede in Bordeaux hat Poincaré zu zahlreichen politischen Fragen Stellung genommen. So erklärte er über die Sanierung der Währung, daß gegenwärtig ein Heilungsprozess begonnen habe, von dem man wünschen müsse, daß die neuwählende Kammer seine glückliche Vollendung sicherstelle. Zu den Reparationszahlungen führte er aus, daß von 1920 bis Ende 1923 angesichts des beständigen Verschagens Deutschlands die Haltung aller französischen Kabinette die gleiche gewesen sei. Wir haben Düsseldorf und die anderen Städte, die das Ruhrgebiet beherrschen, besetzen lassen. Erst ein Jahr später, nachdem die Reparationskommission das beharrliche Verschagen Deutschlands festgestellt hatte, habe sich Frankreich entschlossen, neue Pländer zu ergreifen und in das Ruhrgebiet einzurücken. Diese Operation sei im Gegensatz zu zahlreichen Behauptungen sehr produktiv gewesen. Poincaré kündigte dann einige Reformen an, und betonte schließlich die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Kommunisten. Die Rede schloß mit einem Bekenntnis zur Politik des Friedens und der Annäherung.

M. Berlin, 26. März. (Priv.-Tel.) Die gestrige Rede Poincarés in Bordeaux wird in hiesigen politischen Kreisen ruhig beurteilt, weil man sie in erster Linie als Wahlrede wertet. Das, was er gesagt hat, ist natürlich absolut falsch. Wenn er es so darstellt, als ob Deutschland durch die Ruhrbesetzung willig gemacht wurde, den Dawesplan anzunehmen, so braucht man nur daran zu erinnern, daß die Bankierkonferenz in Paris im Sommer 1922 an seinem Widerspruch scheiterte, und daß diese Konferenz damals unter dem Vorsitz Morgans ja im wesentlichen schon das verlangte, was nachher in den Londoner Vertrag als Grundlinien festgelegt wurde. Nicht Deutschland ist durch die Ruhrbesetzung zu einer anderen Überzeugung gelangt, sondern in erster Linie die angelsächsischen Staaten, die erklärten, daß mit Bajonetten finanzielle Fragen nicht gelöst werden könnten, und die deshalb so stark darauf drangen, daß eine Einigung auf wirtschaftlicher Basis erzielt wurde. Im übrigen wird man wohl annehmen dürfen, daß er nicht umsonst Briand als Kronzeugen für seine Ruhrpolitik in Anspruch nahm, und daß er eine gemeinsame Plattform für sich und seinen Außenminister auch während des Wahlkampfes sucht.

Die Untersuchung der Darmatkredite

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages, der sich mit den Nachprüfungen der Darmat- und anderen Kredite zu befassen hatte, beendete am Samstag seine Untersuchungen. Als Ergebnis seiner Untersuchungen kam der Ausschuss einstimmig zu folgendem Beschluß:

Die bevorstehende Auflösung des Reichstages macht einen Fortgang der Arbeiten des Ausschusses unmöglich. Der noch laufende Strafprozess gegen Darmat und Genossen entzieht ihm auch weiterhin das für die abschließende Stellungnahme des Ausschusses benötigte Material. Eine Ausnahme hiervon macht lediglich der Komplex der Fragen, die das Verhalten des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert betrafen, und schon vor längerer Zeit völlig geklärt werden konnten. Der Ausschuss stellt hinsichtlich dieser Fragen fest: Die gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert wegen seiner Beziehungen zu Julius Darmat erhobenen Vorwürfe haben sich als unbegründet erwiesen. Das Verhalten des Reichspräsidenten Ebert gegenüber Julius Darmat und dessen Familienangehörigen war völlig einwandfrei.

Im Berliner Darmatprozess erklärte der Gerichtsvorsitzende am Samstag, daß das Urteil am nächsten Freitag verkündet werde.

Sämtliche Angeklagte bis auf Julius Darmat, der am Mittwoch sprechen wird, erhielten das letzte Wort. Henry Darmat trat für seine Freisprechung ein. Er schwöre beim Leben seiner Kinder, daß die 15000 Mark von ihm selbst verbraucht und nicht an Döfse gezahlt worden seien. Er werde bis zum letzten für seine Ehre kämpfen. Reichstagsabgeordneter Lange-Hegemann sagte, daß er unter keinen Umständen von dem Schuß der Immunität Gebrauch machen werde, und wandte sich besonders gegen die Behauptung, daß er der böse Geist Höfles gewesen sei, und dagegen, daß man ihn als korrupten Politiker habe hinstellen wollen.

Deutscher Reichstag

Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Fehold (W. Bgg.): Die Wirtschaftliche Vereinigung stehe auf dem Standpunkte der Gleichberechtigung der christlichen Volksschule mit der weltlichen Schule und der Wahrung des Elternrechtes ohne Überspannung. Der Vorwurf der Berufung von Beamten nach parteipolitischen Gesichtspunkten sei auch sozialdemokratischen Ministern gemacht worden. Hier könnte nur eine Verfassungsrevision Wandel schaffen. Das Ziel des Einheitsstaates sei verlodend, schon weil davon eine spärlichere Wirtschaft zu erwarten wäre. Mit Gewalt sei aber hierbei nichts zu machen. Wichtiger sei die Herbeiführung der Ruhe im Staate.

Abg. Frau Rang-Brumann (V. Bp.) schließt sich dem Protest des Zentrumredners gegen die Behandlung der Katholiken in Mexiko an. Die Amtstätigkeit des Innenministers sei nicht so erfolglos gewesen. Der Mundfunk dürfe nicht den Parteien dienbar gemacht werden. Zu begrüßen wäre das neue Staatsangehörigkeitsgesetz, das die Wiedereinbürgerung staatenlos gewordener Frauen und Kinder vorsehe. Die Rednerin drückt die Hoffnung aus, daß die christliche Schule doch noch durch ein Schulgesetz gesichert wird.

Abg. Kube (Nat.-Soz.): Der preussische Kultusminister treibe den schlimmsten Bestimmungsterror. Die preussische politische Polizei sei ein Hort der schlimmsten politischen Korruption.

Abg. Dr. Bredt (W. Bgg.): Der preussische Staatsgerichtshof hat die heftigsten Wahlen für gültig erklärt. Hessen hat sich damit einfach über das Urteil des höchsten Gerichtshofes des Reiches hinweggesetzt. Hier muß die Reichsgewalt sich gegen kleine Länder durchsetzen.

Abg. Seiffert (Volkrechtspartei) begrüßt die Haltung des Ministers zu den Fragen der Verfassungsreform. Die Volkrechtspartei stehe in schärfster Kampffront gegen die Deutschenationalen, aber sie beglückwünsche die Deutschenationalen ehrlich zu diesem Minister.

Abg. Sallmann (Soz.) wirft dem Zentrumredner vor, daß er in der Schulfrage die Elternrechte über die Staatsrechte gestellt habe. Für die Sozialdemokratie stehe das Recht der Gemeinschaft über dem Recht des einzelnen. Zur Ordnungsfrage stellt der Redner fest, daß das Gutachten, das dem Reichspräsidenten Ebert die Annahme der Sonne von Peru empfahl, nicht von ihm ausgearbeitet worden sei und nicht in seine Amtszeit falle. Im übrigen werde auch von den amerikanischen Staatsmännern jede Auszeichnung zurückgewiesen. Weil wir den alten Kartenspieler ablehnen, so schließt der Redner, haben wir in Schwarz-Rot-Gold ein neues Symbol aufgerichtet. Unter dieser Vorschau wollen wir Deutschland zu einem Volksstaate machen.

Abg. Frau Dr. Lübers (Dem.) beklagt sich über die Benachteiligung weiblicher Beamten bei den verschiedenen Behörden. Abg. Dr. Spahn (Deutschn.) wünscht eine reichsrechtliche Regelung des Studentenrechts und wendet sich gegen die Maßnahmen des preussischen Kultusministers Dr. Beder auf diesem Gebiet.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) wendet sich gegen die verfassungsrechtlichen Ausführungen des Ministers, bei denen er den Führerwillen vermischt. Während das Zentrum sonst den Föderalismus verlangt, habe es im Schulgesetz einen absoluten Zwangsmilitarismus gefordert. Ein Elternrecht als öffentlich-rechtliche Funktion, die sie dem Staatswillen entgegenstellen kann, sei durchaus unproblematisch. Die Deutsche Volkspartei sei heute eine republikanische Partei mit dem Vereinsziel: „Es liegt eine Krone im tiefen Rhein!“ (Heilerheit). Dem Lauderer sei der Urlaub verlängert worden.

Abg. Seiffert (Volkrechtspartei) fordert größere Mittel für die Förderung der Theaterkultur.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) verlangt ein Gesetz, das den Juden den Zugang verbietet und die seit 1914 eingewanderten Juden unter Fremdenrecht stellt.

Abg. Fehold (W. Bgg.) verlangt schärfere Verfolgung des Handels mit Raufgülfen.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) verlangt, daß für die Junglehrer mehr getan werde.

Gegen 18½ Uhr wird die Weiterberatung auf Montag 12 Uhr vertagt.

Die auf der Tagesordnung stehende erste Beratung des Vorprogramms zur Rentenbankkreditanstalt wird ohne Aussprache erledigt.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung stehen auch der Nachtrags- und Ergänzungsetat und kleinere Vorlagen.

Die Stimmungslage um sich, die sich ausbreitend mit der der Gegenspieler hätte mischen können. Deshalb blieb die Aufführung ohne Atmosphäre, die Darsteller sprachen und bewegten sich im lustleeren Raum.

Die Fülle der übrigen Darsteller zu nennen erübrigt sich. Hervorstechende Einzelleistungen fielen nicht auf. Sie zeugten alle von der sorgfältigen Vorbereitung, die man ja bei Baumbachs Regieführung gewöhnt ist. Bei der Rollenvergebung hätte man vielleicht besser Paul Rudolf Schulze den Bischof Nikolas statt des Dagfinn überweisen. Einen störenden Anstrich des Komischen gewann die Entenblezener der Stäbter im letzten Aufzug. Bühnenbilder und -aufbau wirkten geschuft.

Im Ganzen: eine mit großem Ernste in allen Einzelheiten vorbereitete Aufführung, die ermüdend zerflatterte.

Professor Dr. Karl Holl.

Badisches Landestheater. Das Programm des Landestheaters in der nächsten Zeit wird in Oper und Konzert leider nicht in der vorgesehenen Art eingehalten werden können, da Erkrankungen im Solopersonal erhebliche Störungen verursachen. Nachdem bereits Magda Strad, Theo Strad und Emmy Seiberlich sich krank melden mußten, fallen für die nächste Zeit auch noch Elise Wanzl, Hansy Weiner und Josef Witt aus. Im Konzert mußte daher eine Kammer, bei der Magda Strad als Solistin wirken sollte, geändert werden, in der Oper wird der Spielplan Verschiebungen erleiden.

IX. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters. Die Vortragsfolge des für Montag, den 26. März angebotenen vorletzten (neunten) Sinfoniekonzertes verspricht in Gustav Mahlers fünfter Sinfonie nochmals etwas besonders Hochhaltiges. Denn mit diesem instrumentalen Hauptwerk des Abends gelangt auch den hier schon bekannten Schöpfungen eines sinfonischen Arbeit zur Ausführung, die nach Anlage und Umfang zu den größten Orchesterleistungen Mahlers zählt. Voran geht Beethoven's I. Sinfonie C-Dur op. 21. Die musikalische Vorbereitung des außerordentlichsten Konzertes liegt in der Hand von Generalmusikdirektor Josef Krupp.

Ausdehnung des Reichsbahnstandals

Die Berliner Staatsanwaltschaft I hat im Laufe des Samstag in der Festungssache bei der Reichsbahn mehrere Beamte und Zeugen vernommen. Der Verdacht, daß Bestechungen auch bei anderen Beamten als Reichsbahnober- rat Schulze vorgekommen sind, hat sich durch den Gang der Untersuchungen jetzt voll bestätigt. Es sind von mehreren Firmen, nicht nur aus Köln, an die Beamten des Zentral- eisenbahnamtes Schmiergelder als angebliche Lizenzgebühren für Verbesserungsvorschläge gezahlt und auch wertvolle Ge- schenke gemacht worden. Die Kriminalpolizei hat bei den beschuldigten Beamten Durchsuchungen in den Wohnungen vorgenommen und zahlreiches Bestechungsmaterial beschlag- nahmt. Oberreichsbahnrat Schulze ist geständig und gibt die ihm nachgewiesenen Fälle zu. Inzwischen konnte aber festgestellt werden, daß er auch noch bei anderen Firmen Lizenzgebühren für Erfindungen erhalten hat.

Die „Post“ schreibt: Im übrigen wird die gegen- wärtig erfolgende Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft hoffentlich auch Aufklärung über weiter zurückliegende Vor- wärfe gegen das Reichsbahnzentralamt bringen. Aus ernst- haften Kreisen der deutschen Holzindustrie waren wiederholt recht erhebliche Vorwürfe gegen diese Behörde gemacht wor- den. So hatte man die Tatsache als aufgeleitet bezeichnet, daß die Beschaffungsabteilung des Zentralamtes im Auslande Holzschwämme zu höheren Preisen gekauft und bezogen hat, obwohl billigere Angebote erster deutscher Firmen vorlagen, und man hatte mit Recht darauf hingewiesen, daß das Zen- tralamt Verbindungen mit Schwindelfirmen eingegangen war, die der Reichsbahn nicht unerhebliche Summen gelistet haben.

Englische Vorschläge zur Seerüstung

W.D. London, 26. März. (Tel.) England hat jetzt den Vorschlag gemacht, den Tonnengehalt der Linienfahrzeuge zu ver- ringern, das Kaliber der Geschütze herabzusetzen und die Le- bensdauer der Schiffe zu verlängern. Eine amtliche Stel- lungnahme Washingtons dazu liegt noch nicht vor, aber in- offiziell wird erklärt, daß diese Vorschläge nichts Neues seien. Die britische Delegation habe sie schon im Juni in Genf ge- macht. Damals habe die amerikanische Delegation festgesetzt, daß durch eine Herabsetzung des Tonnengehaltes der Linien- schiffe der strategische Wert der amerikanischen Flotte ver- mindert werde, obwohl diese infolge des Fehlens von Flotten- stützpunkten an sich bereits benachteiligt sei. Jeder Vorschlag, den Tonnengehalt unter 30 000 herabzubringen, werde die britische Überlegenheit zur See in entsprechend höherem Grade heigen.

Auch der japanische Marineminister ist nach Meldungen aus Tokio der Ansicht, daß es schwierig sein werde, den neuen englischen Vorschlägen zuzustimmen, weil Großbritannien, das moderne Schiffe besitzt, bei Annahme seiner Vorschläge grö- ßere Vorteile gewinne als die anderen Mächte.

Oberbürgermeister Dr. Luppe freigesprochen. Die Straf- kammer in Nürnberg sprach Oberbürgermeister Dr. Luppe von der Anklage wegen Verleumdung des Landtagsabgeord- neten Julius Streicher frei. Dr. Luppe hatte in einer in Dessau abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei in bezug auf Streicher geäußert, der völkische Ver- leumder sei nun für einige Monate hinter Schloß und Niegel. Dr. Luppe wurde in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte Oberbürgermeister Dr. Luppe Berufung eingelegt.

Die „Galerie Lafayette“ in Berlin, ein unter Führung des Bankhauses Schlegel in Paris stehendes Konfession, das den Neubau des Warenhauses „Galerie Lafayette“ am Pots- damer Platz ausführt, will, wie jetzt erklärt wird, ein rein deutsches Unternehmen, und zwar ein Möbelaufhaus unter- bringen. Die Pariser Firma „Galerie Lafayette“ gebe nur den Namen und wolle den Einkauf gewisser französischer Möbelarten besorgen. Im übrigen aber werde das Kauf- haus nur mit deutschem Gelde arbeiten und ebenfalls unter rein deutscher Leitung stehen.

Kurze Nachrichten

Über das Befinden des Zentrumsabg. Dr. v. Guérard wird aus Berlin mitgeteilt, daß heute, Montag, die Krisis über- wunden ist und daß Hoffnung auf baldige völlige Genesung besteht.

Für Aufhebung der Ländereigentumsbeschränkungen. Die demo- kratische Reichstagsfraktion faßte eine Entschlieung, in der die Reichsregierung ersucht wird, mit allem Nachdruck auf die Länder dahin zu wirken, daß die Beschränkungen der Länder untereinander aufgehoben werden. Über das Ergebnis soll dem Reichstag Bericht erstattet werden.

Keine Reichstagsstadt Berlin. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin wendet sich gegen eine Fressmeldung, die behauptete, Oberbürgermeister Böß propagiere die Loslösung Berlins von Preußen und die Schaffung einer freien Reichstagsstadt Berlin. Demgegenüber wird festgestellt, Oberbürgermeister Böß habe sich niemals für einen derartigen Plan eingesetzt und würde ihn auch keinesfalls billigen.

Bereinigung Waldes mit Preußen. Im preussischen Staatsministerium wurde ein Staatsvertrag über die Berei- nigung Waldes mit Preußen unterzeichnet, der beiden Landtagen unterzigtig zugehen soll.

Kriegervereine und Wahlen. Im „Aufhäuser“, dem Or- gan des deutschen Reichstagsbundes, wird völlige Neutrali- tät der Kriegervereine im kommenden Wahlkampf prokla- miert.

In der bayerischen Metallindustrie sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Für Ende März ist die Aussperrung von circa 25 000 Metallarbeitern geplant.

Eine Hugo-Freuh-Brücke für Berlin. In Übereinstimmung mit dem preussischen Minister des Innern, hat der Magistrat Berlin beschlossen, die neue Brücke über den Humboldthafen im Auge des Friedrich-Karl-Flusses „Hugo-Freuh-Brücke“ zu benennen und gleichzeitig diese Straße „Hugo-Freuh-Straße“ anzubenednen.

Die italienische Bevölkerungszahl. Aus den Berichten des statistischen Instituts über die italienische Bevölkerung am Ende des Jahres 1927 geht hervor, daß die Zahl der in Ita- lien lebenden Italiener sich auf 40 799 000 beläuft, während im Auslande sich 9 250 000 Italiener aufhalten. Das stellt eine Verdoppelung der Bevölkerung in den letzten 50 Jah- ren dar.

Keine Verkürzung der Arbeitszeit in den englischen Berg- werken. Im englischen Unterhaus wurde am Freitag ein Antrag der Arbeiterpartei auf Verkürzung der Arbeitszeit in den Bergwerken auf sieben Stunden täglich mit 154 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Die Unruhen in Mexiko. In der mexikanischen Provinz Michoacan wurden 36 Ausländerische in einer Höhle von Re- gierungsstruppen eingeschlossen und, nachdem sie tagelang ohne Wasser und Nahrung geblieben waren, bei einem ver- zweifelten Ausfall vollkommen aufgegeben.

Badischer Teil

Tulla-Grünnungsfeier in Dreifach

W.D. Dreifach, 25. März. Zur Erinnerung an die 100. Wiederkehr des Todestages Johann Gottfried Tullas, der sich durch die Rheinstromkorrektur von Basel bis an die hessische Grenze die größten Verdienste erworben hat, fand heute hier am Tulla-Turm auf dem hiesigen Schloßberg eine eindruck- volle Gedächtnisfeier statt. Bürgermeister Meyer (Dreifach) zeichnete ein Bild Tullas und seiner Verdienste. Mit seiner Ernennung zum Oberdirektor des gesamten Wasser- und Straßenbaues in Baden im Jahre 1817 sei Tulla die Mög- lichkeit gegeben worden, seinen groß angelegten Plan der Rheinstromkorrektur zur Durchführung zu bringen. Sein Wert werde noch Jahrhunderten zugute kommen. Auch Ober- regierungsbaurat Spieß von der Wasser- und Straßenbau- direktion Karlsruhe würdigte die großen Verdienste Tullas, der durch seine Arbeiten die immer wiederkehrenden Überflut- ungen auf dem damals vielfach gewundenen Lauf des Rheins einschränkte. Landeskommissar Schwörer konnte die Mit- teilung machen, daß das Staatsministerium fünf Preisfaden für Rettung zahlreicher Personen aus der Gefahr des Er- trinkens im Rhein die Rettungsmedaille verliehen habe.

Die Feier am Grabe Fehrenbachs

D. Freiburg, 26. März. Am Grabe des Altreichstanzlers Fehrenbach auf dem hiesigen Hauptfriedhof wurde gestern das von der Stadt Freiburg zum Gedenken an ihren Ehrenbürger gestiftete Grabmal eingeweiht. Das Denkmal zeigt einen hohen Granitblock mit der Wüste des Präsidenten der Weimarer Nationalversammlung und Präsidenten des ersten Reichstages der deutschen Republik. Bürgermeister Nibel er- klärte in seiner Rede, die Stadtverwaltung habe ihrem großen Sohne diesen Gedenkestein errichten lassen, um in den kommenden Geschlechtern die dauernde Erinnerung daran nachzuhalten, was der Mann der Stadt Freiburg und dar- über hinaus dem ganzen deutschen Volke gewesen sei. Bür- germeister Nibel legte einen prächtigen Lorbeerkranz mit den Stadtfarben nieder. Für den Freiburger Männergesangsver- ein, dessen langjähriger Präsident Fehrenbach war, sprach dessen jetziger Präsident, Amtsgerichtsdirerktor Lauz. Auch er legte als Zeichen der Liebe und Dankbarkeit als Gelo- bnis der unwankebaren Treue einen Lorbeerkranz am Grabe nieder. Das Grabmal trägt auf seiner Vorderseite die In- schrift: „Constantin Fehrenbach, 1852—1926, ihrem großen Bürger die Stadt Freiburg.“

Die Reichstagskandidaten der Sozialdemokraten

Der in Pforzheim abgehaltene Parteitag der Sozialdemo- kratischen Partei Badens hat für die Reichstagswahlen im badischen Reichstagswahlkreis die bisherigen Reichstagsabge- ordneten, Oskar Ged (Mannheim), Schöpflin (Karlsruhe) und Stephan Meyer (Freiburg) wiederaufgestellt; an vierter Stelle der Liste steht Staatspräsident Dr. Remmele. Hinsichtlich der Landtagswahlen 1929 stimmte der Parteitag den von den Ver- zeirkonferenzen vorgeschlagenen Kandidaten zu.

Namens des Reichsparteivorstandes sprach Reichstagsabg. Dr. Gllferding, der auch den Fall Dr. Birth behandelte, wobei er sagte, dessen Nichtwiederaufstellung als Reichstagskandidat bedeute eine Rechtschwächung des Zentrums. Mit den So- zialdemokraten sei in sozialen und Steuerfragen sehr schwer Kom- promisse zu machen, das gleiche treffe auch für die Deutsche Volks- partei zu. Hinsichtlich des Reichsschulgesetzes sei die badische Regierung weit über die Wünsche der preussischen Regierung hinausgegangen. Das Ziel der Sozialdemokratie sei aber die weltliche Gemeinschaftsschule.

Der Geschäfts- und Kassenericht über die verflochtenen zwei Jahre erstattete der Landesvorstehende Wg. Reinbold. Die Arbeitslosigkeit erschwere die Werbung neuer Mitglieder. Die Partei zählte am 31. Dezember 1927: 23 815 Mitglieder, dar- unter 2427 Frauen. Die Zunahme beträgt 950 Mitglieder. An Neuaufnahmen sind 5683 Mitglieder zu verzeichnen. Die Partei zählt in Baden 49 Stadträte, 198 Stadverordnete, 607 Gemeinderäte und 3436 Gemeindeverordnete, sowie 42 Bürgermeister. Anschließend erstatteten die einzelnen Ver- treter in der Parteiorganisation Tätigkeitsberichte. Die Ar- beitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer zählt 250 Mit- glieder. An die Berichte schloß sich eine ausgiebige Diskussion an, in der lebhaft Agitations- und Organisationsfragen be- sprochen wurden.

Badisches Genossenschaftswesen

Unter starker Beteiligung der Genossenschaftsbanken und der Genossenschaftler aus Baden und vom Mittelrhein fand die ordentl. Generalversammlung der Landesgewerbebank für Südwestdeutschland u. G. in Karlsruhe statt. Die Versamm- lung genehmigte einstimmig die Vorschläge des Aufsichtsrats. Aus dem von Direktor Händel erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir nachstehende allgemein interessante Daten: Die der Landesgewerbebank angeschlossenen Genossenschaften sind auch im Berichtsjahr wiederum einen großen Schritt vor- wärts gekommen, insbesondere bei der Bildung des Eigen- kapital, sowie in der Gewinnung von Spar- und Scheckein- lagen. Die Genossenschaften haben die Hälfte ihres Friedens- standes überschritten. Handwerl-, Gewerbe- und Einzelhan- del seien aber durch Mangel an Kapital und Kredit, sowie durch die hohen Steuern und Abgaben aller Art in einer überaus schwierigen Lage. Dazu habe sich in den letzten Jah- ren wieder eine Vorgewirtschaft herausgebildet, die heute viel umfangreicher da gefährlicher sei als in der Vorkriegszeit. Die Landwirtschaf befände sich ebenfalls in einer schweren Krisis.

Die Landesgewerbebank sei den Genossenschaften in der schwersten Zeit ihres Aufbaues eine überaus starke finanzielle Stütze gewesen. Ihre Umsätze stiegen gegen das Vorjahr um 25 Prozent auf 1287 Millionen RM, die Bilanzsumme um 60 Prozent auf 287 Millionen RM. Den angeschlossenen ba- dischen Genossenschaften wurde ein Gesamtkredit von 84 Mil- lionen RM, den mittelrheinischen Genossenschaften ein solcher von 43 Millionen RM gewährt. Die Gesamtkreditvermehrung betrug demnach 127 Millionen RM. Die restlichen 75 Prozent der im vorigen Jahre beschlossenen Kapitalerhöhung mit 1125 Millionen RM sollen am 1. Juli d. J. einbezahlt werden, so daß das vollbezahlte Aktienkapital alsdann 2 1/2 Millionen RM beträgt. Die Reserven haben sich mehr als verdoppelt und betragen 320 000 RM. Die fest beschriebenen Einlagen stiegen von 14 auf 19 Millionen RM, die Kontokorrenteinlagen von 1,7 auf 5 Millionen RM. Die Bank weist einen Gewinn für 1927 von 182 700 RM aus, von dem 8 Prozent Dividende mit 95 000 RM ausgeschüttet, 50 000 RM den Reserven zugeführt und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen wird. Wie be- reits berichtet, wird das Institut in Zukunft das Privatkredit- geschäft von der Bank lösen. In diesem Zweck ist die süd- westdeutsche Bank Aktien-Gesellschaft in Frankfurt am Main gebildet worden. Dadurch wird die Landesgewerbebank zur reinen Genossenschaftsentale und künftighin ihre ganze Arbeit dem Genossenschaftswesen widmen.

Im Anschluß an die Generalversammlung der Landesge- werbebank fand am Sonntag in Karlsruhe die von etwa 250 Genossenschaftlern aus dem ganzen Lande besuchte Tagung

der badischen Kreditgenossenschaften statt. Am Samstagabend waren die Teilnehmer in großer Zahl einer Einladung der Landesgewerbebank zu einem geselligen Beisammensein in der „Eintracht“ gefolgt, wo Verbandsdirektor Günther, Rastatt, einen Vortrag über die Entwicklung der badischen Kredit- genossenschaften hielt und Kultusminister Leers als Vertreter der Regierung deren Größe und Wünsche überbrachte. — Bei den Beratungen vom Sonntag berichtete der Anwalt des Deut- schen Genossenschaftsverbandes, Prof. Dr. Stein, Berlin, über die gegenwärtige Wirtschaftslage und Landdirektor Dörs von der Landesgewerbebank über Steuerfragen.

Aus der Landeshauptstadt

Schulausflug zum Besuch des Landestheaters. Den aus- wärtigen Schulen, die ihren Frühjahrsausflug zum Besuch des Landestheaters benötigen, wird am Mittwoch, den 28. März 15 Uhr eine Aufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ ge- boten werden. Der Gedanke, der Jugend auch der entfern- teren Orte, eine gute Theateraufführung zu vermitteln, fand auch dieses Jahr wieder eine sehr warme Aufnahme bei den Schulleitern. Über 1100 Schüler aus 23 Orten im Umkreis von Wiesloch bis Gengenbach und aus der Pfalz werden die Tellauflührung besuchen und dabei zum Teil auch den übrigen Sehenswürdigkeiten der Stadt (Stadtpark, Landes- museum, Kunsthalle, Rheinhafen) einen Besuch abstatten.

Die Legende von der heiligen Elisabeth, das Hauptwerk Franz Liszts, gelangt nach Jahren Sonntag, den 1. April, vormittags 11 Uhr in der Karlsruher Festhalle durch die Mannheimer Volkssingakademie zur Aufführung. Eine Ab- stimmung der Karlsruher Musikfreunde hat ergeben, daß ge- rade dieses Werk, das trotz seiner großen Schönheit so selten zu hören ist, einer Wiederholung der „Missa solennis“ (die außer der „Heiligen Elisabeth“ zur Wahl gestellt wurde) von den meisten Interessenten gewünscht wird. Die Man- nheimer Gäste geben diesem Wunsch um so lieber nach, als das Werk vor einigen Tagen in Mannheim einen tiefgehenden Erfolg errang, der neben der bewundernswürdigen Chor- leistung unter Leitung Professor Schattschneider's auch der Solistenauswahl zuzuschreiben ist, vor allem der alles über- ragenden „Heiligen Elisabeth“ von Ria Ginstler, der bekann- ten Frankfurter Konzertsängerin. Auch in der Karlsruher Wiederholung wird Ria Ginstler mitwirken, ferner die Straß- burger Luise Debnitz und der auch bei uns bekannte vortreffliche, Catorienbariton Johannes Willy aus Frank- furt a. M. Für den Orchesterpart wurde das Karlsruher Landestheaterorchester verpflichtet. — Der Vorverkauf bei der Konzertdirektion Kurt Neufeldt hat begonnen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karls- ruhe. Gestern war es in Baden wolkig und mild. Abends brachte uns der Durchzug einer von der Distanz ostwärts vorüberziehenden Störung streichweise Niederschläge mit nach- folgenden nördlichen Winden. Über den britischen Inseln und Frankreich steigt jetzt der Druck wieder. Wir erwarten daher bei schwacher nordöstlicher Strömung wechselnd bewöl- ktes Wetter mit leichtem Temperaturrückgang. Voraussage für 27. März: Meist wolkig und trocken, leichter Temperatur- rückgang bei nordöstlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 25. März. Im hohen Alter von nahezu 80 Jah- ren ist hier der frühere Architekt und Stadtrat Josef Köhler aus dem Leben geschieden. Köhler hatte zuerst den Leh- rerberuf ergriffen, doch zog ihn Neigung und innerer Beruf zur Architektur. Mit dem Architekten G. A. Koch verband er sich schließlich unter der Firma Köhler & Koch zu gemein- samer Praxis. Die Firma gehörte viele Jahre hindurch zu den beschäftigten Architekten am Platz. Von 1895 bis 1911 gehörte er dem Stadtrat an als Mitglied der Nationallibe- ralen Partei.

Bad. Mannheim, 22. März. Die Gleichrichteranlagen in La- denburg, die für die Inbetriebsetzung der elektrischen Bahn Mannheim—Sodenheim benötigt werden, werden in einigen Tagen fertiggestellt sein. Der elektrische Betrieb der Neben- bahnen wird auf der Strecke Mannheim—Sodenheim voraus- sichtlich noch im März eröffnet.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. März	24. März
Amsterdam 100 G.	168.28	168.62
Kopenhagen 100 Kr.	111.97	112.19
Italien 100 L.	22.085	22.125
London 1 Pf.	20.393	20.398
New York 1 D.	4.1770	4.1850
Paris 100 Fr.	16.445	16.445
Schweiz 100 Fr.	80.495	80.485
Wien 100 Schilling	58.775	58.78
Prag 100 Kr.	12.378	12.38

Der Privatdiskont wurde am Samstag für beide Sichten um je 1/2 auf 6 1/2 Prozent erhöht.

Verschiedenes

58 Opfer chinesischer Banditen. W.D. London, 26. März. Times' berichtet aus Shanghai, daß das Dorf Chiaoschihiang in Süd-Kiangsi, 100 Meilen von Shanghai entfernt, von Banditen zerstört worden ist, die 35 Einwohner erschossen und eine Anzahl anderer brennenden. 23 Menschen kamen in den von den Banditen in Brand gestek- ten Häusern um.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Justizministerium

Zugelassen als Rechtsanwältin: Der frühere Rechtsanwalt Rudo Elbel und Gerichtsassessor Dr. Karl Heinz Eberhard beim Landgericht Mannheim, Ge- richtsassessor Dr. Karl Mos beim Landgericht Heidelberg.

Ernannt: Gerichtsassessor Dr. Adolf Seelbach mit der Amtsbezeich- nung „Justizrat“ zum Notar in Donaueschingen.

Berief: Landgerichtsrat Dr. Karl Mutzler in Waldshut nach Mannheim, Kanzleiasistent Adolf Probst bei der Staats- anwaltschaft Pforzheim zum Notariat daselbst.

Zuruhegesetzt auf Antrag: Bezirksmeister Andreas Abel bei den Strafanstalten im Bruchsal.

Verstorben:

Rechtsanwalt Leopold Weis in Offenburg, Gerichtsvollzieher Max Wid in Löff.

